

Atomwirtschaft

In Finnland soll ein neues Atomkraftwerk gebaut werden

Während in Deutschland und Schweden der Ausstieg aus der Kernenergie versucht wird und in Österreich Unterschriften gegen das benachbarte Atomkraftwerk Temelin gesammelt werden, will man in Finnland dazubauen. Am 17. Januar 2002 hat die finnische Regierung mit zehn zu sechs Stimmen einem Antrag des Energiekonzerns Teollisuuden Voima Oy (TVO) zugestimmt, in Finnland ein fünftes Atomkraftwerk zu bauen. Der Beschluß war von der europäischen Energiewirtschaft, besonders in Deutschland und Frankreich, und von der Umweltbewegung mit Spannung erwartet worden. Der Bau des Kraftwerks wird der erste in Europa seit Jahren sein, falls er verwirklicht wird. Die endgültige Entscheidung soll das Parlament in Helsinki im Mai fällen. Ein früherer Antrag war 1993 im Parlament gescheitert.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Lipponen ist einer stärksten Befürworter des Atomenergieausbaus und hält die finnische Kernkraft für „die sicherste und effektivste der Welt“. Er wies jedoch darauf hin, daß der Ausbau keine staatliche, sondern eine private Initiative sei. Die sozialdemokratische Handels- und Industrieministerin Sinikka Mönkkäre hatte finnischen Berichten zufolge den Bau in einer umfangreichen Vorlage an das Kabinett gefordert. Zu ihren Begründungen zählte demnach, daß bei einem Regierungswechsel in Deutschland im Spätherbst die Christdemokraten den Beschluß über den Verzicht auf die Kernenergie rückgängig machen wollten.

„Wir haben mit großen Entfernungen und schlechtem Klima zu kämpfen. Da brauchen wir wenigstens billige Energie, um im Wettbewerb zu bestehen“, wird der finnische Industrieverband zitiert. „So haben sie vor acht Jahren auch schon geklagt“, hält die grüne Umweltministerin Satu Hassi dagegen. Nachdem das Parlament 1993 die Baugenehmigung für den fünften Reaktor dann zum ersten Mal verworfen hatte, boomte die finnische Industrie wie nie zuvor: mit erneuerbarer Energie und Biomasse. Holzabfall mit kombinierten Kraft-Wärme-Werken sei zur zweitwichtigsten Energiequelle geworden. Derzeit betrage der Atomkraftanteil an der Energieerzeugung 27,4 Prozent und der Anteil von aus Erdöl gewonnener Energie ist mit zwei Prozent einer der niedrigsten der Welt. 14 Prozent seines Stroms beziehe Finnland aus dem Ausland. Seit 1999 ist es voll in den nordeuropäischen Energieverbund eingebunden. Norwegen und Schweden beziehen ihren Strom zum großen Teil aus Wasserkraftwerken.

Neben dem Beschluß für den Reaktorneubau hatte die finnische Regierung am selben Tag auch über die Endlagerung von Kernbrennstoff zu entscheiden. Die Endlagerungsgesellschaft hatte im Mai 1999 die Genehmigung für eine Endlagerstätte im Granitgrund in der Nähe des Atomkraftwerkes Olkiluoto im Südwesten Finnlands beantragt. Die ortsansässige Bevölkerung ist mehrheitlich damit einverstanden. (Strahlentelex hatte in seiner Ausgabe Nr. 356-357 vom 1.11.

2001 berichtet.) Die Regierung hatte die auf die vier bisher betriebenen Reaktoren begrenzte Endlagerung genehmigt und mußte sie jetzt für den neuen geplanten Reaktor ergänzen. Finnland war im Mai 2001 das erste Land in Europa, das die Endlagerung für die Zeit von 2020 an beschlossen hatte. Auch die finnischen Grünen hatten im Parlament dafür gestimmt.

In einer ersten Umfrage hatten sich zunächst 40 Prozent der befragten Finnen für den Atomkraftwerksbau ausgesprochen und 33 Prozent dagegen. In einer zweiten Umfrage war dann die Mehrheit gegen den Neubau. Die zwei finnischen Atomreaktoren in Loviisa in Südostfinnland waren nach russischem Entwurf gebaut und 1977 und 1980 in Betrieb genommen worden.

Sie sind mit finnischer Sicherheitstechnologie und einer finnischen Stahlkuppel ausgestattet. Die beiden Kraftwerke in Olkiluoto wurden anschließend nach schwedischem Entwurf errichtet. Größter finnischer Energieverbraucher ist mit 60 Prozent die Industrie, vor allem die Forstindustrie mit ihren Papier- und Zellstofffabriken und Forstgesellschaften gehören auch zu den Eigentümern des Energiekonzerns TVO. Der Bau des neuen Leichtwasserreaktors, der im Jahre 2010 ans Netz gehen soll, wäre mit etwa 2,5 Milliarden Euro die größte Einzelinvestition in der finnischen Industriegeschichte, heißt es. Als Bauträger werden Unternehmen aus den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, Schweden und Rußland genannt. ●

Atompolitik

Österreichisches Volksbegehren des Rechtspopulisten Haider gegen das tschechische AKW Temelin war erfolgreich

Rund 915.000 Österreicher, das sind 15,5 der Wahlberechtigten, haben das Volksbegehren der Freiheitlichen Partei (FPÖ) gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin unterschrieben. Das berichtete der österreichische Rundfunk ORF am Abend des 21. Januar 2002 nach Schließung der Eintragungslokale in Wien. Ziel der Aktion war es, dem Nationalrat in Wien die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages mit Tschechien nur dann zu erlauben, wenn Temelin abgeschaltet wird und Tschechien „völkerrechtlich bindend“ aus der Atomenergie aussteigt. Bereits bei mehr als 100.000 Unterschriften gilt das Begehren als Gesetzesantrag, der im Parlament verhandelt werden muß. Angriffe des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Ze-

man auf den rechtspopulistischen früheren FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider sollen nach Ansicht von Meinungsforschern dem Referendum zum Erfolg verholfen haben. Unklar ist nun, welche Folgen das Volksbegehren haben wird. Die zusammen mit der FPÖ regierende ÖVP lehnt ein Veto gegen Tschechien ab. ÖVP-Parteichef Schüssel hatte allen seinen Parteimitgliedern brieflich von der Teilnahme am Volksbegehren abgeraten. Österreichische Anti-Atom-Organisationen zeigten sich angesichts der FPÖ-Initiative irritiert. Am 26. Januar 2002 kamen sie bei einem gemeinsamen Treffen von 12 Gruppierungen in Salzburg zu der Schlußfolgerung, daß seit der ersten Volksabstimmung 1978 in Österreich Anti-Atom-Politik „in ihren we-